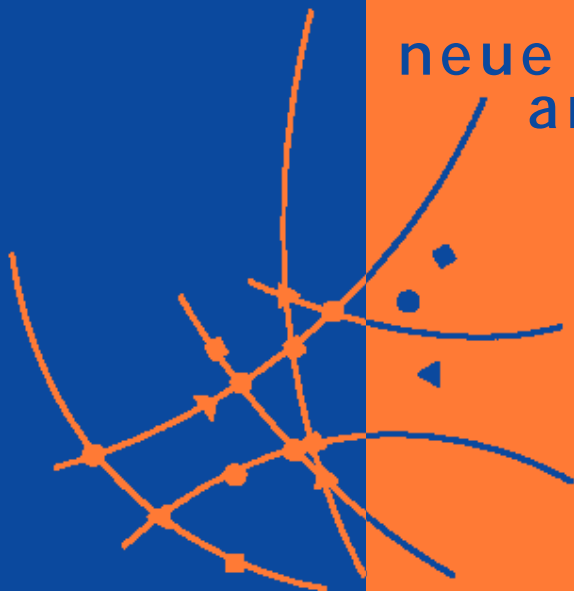


neue herausforderungen an die wohnungspolitik



VII. w o h n b u n d

kongress: 14. und 15. februar 2002 in hamburg

Neue Herausforderungen

Wohnraumförderungsgesetz und Eigentumszulage –
das sind derzeitige Eckpunkte bundesdeutscher Wohnungspolitik.
Aber reicht das?

In der Bundesrepublik sind Regionen mit deutlich unterschiedlicher
Entwicklungsdynamik entstanden. Können die herkömmlichen Konzepte
Antworten auf die Probleme vor Ort geben? Oder müssen nicht neue
Ansätze in der Wohnungspolitik verfolgt werden?

Der Problemdruck bei der sozialen Entwicklung in den Siedlungen steigt.
Stadtflucht, regionale und überregionale Wanderungen erzwingen auch künftig
die umfangreiche qualitative Förderung eines sozialen Wohnungsbaus und der
Modernisierung des Bestandes.

Die gegenwärtige Wohnungsbauförderung ist unausgeglichen und regional
undifferenziert. Auf Bundesebene fließen 11 Mrd. Euro in die Eigentumsförderung;
für den sozialen Wohnungsbau sind hingegen nur 230 Mio. Euro vorgesehen.

Das Problem Wohnungsleerstand in den westlichen Bundesländern ist mehr eine Folge feh-
lender Wohnungsbestandspolitik und weniger Ausdruck sinkender Wohnungsnachfrage.
Neue zeitgemäße Wohnqualitäten im Bestand müssen geschaffen werden,
um die Städte wieder zu attraktiven und beliebten Wohnstandorten zu entwickeln.

Das kontraproduktive Nebeneinander wohnpolitischer Instrumente
(Sozialer Wohnungsbau, Eigentumsförderung, Soziale Stadt, Städtebau etc.) muss
durch ein „Grundgesetz des Wohnens“ ersetzt werden, das den Rahmen für flexible,
soziale und stadtentwicklungspolitische Lösungen vorgibt.

Eine Analyse und daraus resultierende Konsequenzen und Forderungen für eine
langfristige Wohnungspolitik hat der wohnbund in einem Positionspapier
zusammengefasst, das unter www.wohnbund.de/kongress im Internet abzurufen ist.

wohnbund e.v. will auf dem Kongress mit Fachleuten aus Wohnungswirtschaft,
Politikern aus Bund und Land, Vertretern aus der Praxis traditioneller
Wohnungsunternehmen und innovativer Projekte, aus Wohlfahrtsverbänden
und Mieterverbänden sowie mit Wissenschaftlern über die Zukunft der
Wohnungspolitik diskutieren.

programm

14. und 15. februar 2002 in hamburg

Donnerstag, 14.02.02

Begrüßung

11.00-13.00 Uhr

wohnbund e.v.

Achim Großmann [Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen]

N.N. Vertreter der Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Eröffnungsvortrag

N.N. »Ein Ausblick auf die Probleme des Wohnens zu Beginn des 21. Jahrhunderts«

13.00-14.00 Uhr Pause

Vorträge

14.00-15.30 Uhr

»Solidarische Stadt – Das Wohnpolitikthema des Jahrzehnts«

Jan Kuhnert [KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH]

»Großstadt – Lebensstile – Wohnen. Wohnungsbauförderung in Hamburg«

Tobias Behrens [Stattbau Hamburg GmbH]

15.30-16.00 Uhr Pause

Vorträge

16.00-16.30 Uhr

»Revitalisierung durch Integration. Der Beitrag der Genossenschaften zur Zukunft der Siedlung«

Uwe Blöcker [Hamburg]

16.30-17.00 Uhr

»Modellkonzept zur Trennung von Besitz und Eigentum. Möglichkeiten der Dezentralisierung der Bewirtschaftung bei gestärkten öffentlichen Wohnungsunternehmen«

Wolfgang Kiehle [WohnBund-Beratung NRW GmbH]

17.00-17.30 Uhr

»Präventives Quartiersmanagement. Beispiele einer erfolgreichen Kooperation zwischen einem traditionellen kommunalen Wohnungsunternehmen und einem intermediären Träger«

Gernot Riedl [GEWOFAG, München], J.-Peter Pinck [Wohnforum München]

Freitag, 15.02.02

Vorträge

9.00-9.45 Uhr

»Kann die Integrationsmaschine Stadt noch funktionieren?«

Walter Siebel [Universität Oldenburg], angefragt

Entwicklungsmöglichkeiten von Siedlungen – Beispiele

9.45-10.00 Uhr

»Neue Wohnungsgenossenschaften in Großsiedlungen«

Klaus Habermann-Nieße [Planerwerkstatt, Institut für Wohnpolitik und Stadtökologie]

10.00-10.15 Uhr

»Riwetho e.G., Oberhausen«

Brigitte Karhoff [WohnBund-Beratung NRW GmbH]

10.15-10.30 Uhr

»Falkenried, Farmsen, Schumacher Siedlung – Neue Genossenschaften im Bestand«

Reiner Schendel [Stattbau Hamburg GmbH]

10.30-10.45 Uhr

»Zur Situation junger Genossenschaften in den Neuen Bundesländern N.N.

10.45-11.15 Uhr Pause

11.15-13.00 Uhr

Stellungnahmen der Verbände

Franz-Georg Rips [Deutscher Mieterbund],

Folkert Kiepe [Deutscher Städtetag],

Lutz Freitag [GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen],

N.N. [Vertreter der BAG der Freien Wohlfahrtspflege e.V.]

13.00-14.00 Uhr Pause

14.00-15.45 Uhr

Podiumsdiskussion mit den wohnungspolitischen Sprechern der Bundestagsparteien

Wolfgang Spanier [SPD],

Michael Meister [CDU],

Franziska Eichstädt-Bohlig [Bündnis 90/Grüne],

Michael Goldmann [F.D.P.],

Christine Ostrowski [PDS]

15.45-16.00 Uhr

Schlusswort wohnbund e.v.